

Aktivitäten zur Küstenwache 2003 bis Oktober 2008

Seit der Strandung der Pallas vor der Insel Amrum (vor 10 Jahren) fordert die Insel- und Halligkonferenz die Einrichtung einer „Nationalen Küstenwache“. Nach 5 Jahren vergeblicher „Apelle“ an die Bundesregierung haben wir im Jahr 2003 beschlossen unserer Forderung auf der politischen Ebene mehr Nachdruck zu verleihen. Dazu wurden auf den jährlichen Konferenzen gemeinschaftliche Beschlüsse gefasst und den zuständigen Ministerien vorgetragen. Seit der Berlin-Konferenz im Frühjahr 2006 führen wir einen intensiven Schriftwechsel mit dem BMVBS und der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung.

29. Oktober 2003, Rantum auf Sylt:

fordert die Insel- und Halligkonferenz:

- die Zusammenfassung der schwimmenden und fliegenden Verbände und assoziierten Behörden von Bund und Küstenländern als gleichberechtigte Partner in eine „Deutsche Küstenwache“ mit monokratischer Führungsstruktur,
- eine Neuschneidung der bisherigen Aufgaben zum Schutz von Küste und Meer,
- eine Umsetzung dieser Neuschneidung unter Beibehaltung der Grundsätze „Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs“ und „Sicherheit vor terroristischen Angriffen“ auf gleicher Ebene,

6. Mai 2004, Utersum auf Föhr

Referat des Leiters des Havariekommandos Herrn Monsees mit anschließender Diskussion:

Die Teilnehmer der Insel- und Halligkonferenz gehen noch einmal auf die Referate des Vortages ein. Es wird festgestellt, dass die Forderungen der Insel- und Halligkonferenz nach Beachtung der „offenen Nordflanke“ (Sylt-Konferenz 30.10.2003) bei der Schlepperstationierung und die Forderung nach einer einheitlichen Küstenwache noch immer nicht berücksichtigt sind.

20. Oktober 2005, Brüssel

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen fahren die Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz gemeinsam mit ihren Inselepartnern aus OF und NL nach Brüssel. In der Diskussion mit EU Vertretern wird folgendes festgestellt und anschließend der Bundesregierung übermittelt:

In Brüssel, zum Pallastag 2004, haben wir unsere Forderungen gemeinsam mit Bürgermeistern aus allen Regionsteilen der Euregio die Watten (Gemeinden der Wattenmeerinseln aus Dänemark, den Niederlanden, Ostfriesland, und Nordfriesland) am 20. Oktober 2004 im „Hanse-Office“ in Brüssel an Vertretern der EU Kommission, der EMSA (European Maritime Safety Agency) und den EU Abgeordneten Willy Piecyk gerichtet:

- Einrichtung einer „Europäischen Küstenwache“ mit einem funktionierenden Risikomanagement
- Vorbeugende Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Küsten durch Oel und andere Gifte

- Grenzübergreifende Abstimmung der Off-Shore Planungen und eines nordseeweiten Schlepperkonzeptes.

Wir haben aus den Beiträgen der EU-Teilnehmer dieser Konferenz mitgenommen, dass in erster Linie die Bundesregierung in Berlin gefordert ist, ihre „Schularbeiten“ zu machen. So sind von zahlreichen Beschlüssen des EU Parlamentes in Deutschland nur wenige umgesetzt worden. Die Beschlusslage des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission entspricht im überwiegenden Teil den Forderungen, die von Insel- und Halligkonferenz und Euregio die Watten aufgestellt wurden. Wir fordern daher die Bundesregierung auf:

- Die vorliegenden Beschlüsse des Europäischen Parlamentes umgehend umzusetzen
- Die „Entschließung des Europäischen Parlamentes zur Verbesserung der Sicherheit auf See“ 2003/ 2235(INI) (Sterckx Report) als Handlungskatalog aufzunehmen und unverzüglich mit der Umsetzung zu beginnen.

22.07. 2005

„Cuxhavener Erklärung zur Gründung einer Deutschen Küstenwacheder“ der SDN wird von der Insel- und Halligkonferenz unterstützt.

28. Oktober 2005, Husum

Gemeinsame Erklärung und Ausrichtung eines Kolloquiums der Insel- und Halligkonferenz und der SDN.

06. April 2006, Berlin

Die Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz fahren nach Berlin ins Paul-Loebe Haus, um dort Abgeordneten der Küste ihre Forderung vorzutragen:

- **Aktueller Sachstand und offene Fragen zur Einrichtung einer nationalen Küstenwache in der Nordsee, einführendes Statement von Helge Jansen (Sylt).**

Am Folgetag wurde das Thema mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMVBS erörtert und anschließend in einem Schreiben vom 21. April 2006 noch einmal schriftlich dargelegt:

- **Nationale Küstenwache:**
- Die Untätigkeit der großen Koalition in Bezug auf die Einrichtung einer nationalen Küstenwache wird von den Vertretern der Insel- und Halligkonferenz wie auch der Ostfriesischen Inseln scharf kritisiert.
- Aus den Gesprächen in Berlin ist ersichtlich geworden, dass sich in Bezug auf die Einrichtung einer nationalen Küstenwache in der Bundesregierung nichts bewegt.
- Wir, die Vertreter der Inseln und Halligen werden diese Untätigkeit nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Im küstenfernen Berlin ist leicht gesagt „Wir wollen die vorhandenen Strukturen nun erst einmal drei Jahre testen“, wenn man nur den Koalitionsvertrag und nicht die hautnahe Gefährdung der Küste vor Augen hat.

- Auch die Tatsache, dass „Deutschland eine föderalistische Struktur hat und Europa zentralistisch organisiert ist“ ist keine Begründung dafür, die Bemühungen um die Einrichtung einer Küstenwache vor sich her zu schieben. Gerade weil dies so ist, muss die Bundesregierung ihre Anstrengungen um die Zusammenführung der angesprochenen Bundes- und Landesbehörden verstärken und dieses Thema in den Beratungen für eine Föderalismusreform einbringen.
- Die Beschlusslage in Brüssel ist eindeutig. An der Berliner EU-Tauglichkeit in dieser Sache hingegen zweifeln wir.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, **jetzt** tätig zu werden und **sofort** damit zu beginnen die Schritte zu einer Nationalen Küstenwache zu tun und nicht leichtfertig mit der Gefährdung unserer Küsten umzugehen.

In Ihrem Antwortschreiben vom **21. Juni 2006** hat sich die Staatssekretärin zum Maritimen Sicherheitszentrum bekannt und zu der entsprechenden Aussage des Koalitionsvertrages und Parlamentsbeschlusses:

„Der Bundestagsbeschluss deckt sich zudem mit den Vorstellungen der Fachleute in Bund und Küstenländern, die auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der Errichtung einer Nationalen Küstenwache als nicht ziel führend erkannt haben“

26. Oktober 2006, Amrum

Anlässlich des Pallastages 2006 hat die Insel- und Halligkonferenz zum Thema Küstenwache Dr. Michael Herma eingeladen, der seine Dissertation zu den rechtlichen Grundlagen einer Küstenwache geschrieben hat. Wir haben dort folgendes festgestellt und auch weitervermittelt:

- Die Tätigkeiten des Havariekommandos und des geplanten Maritimen Sicherheitszentrums sind nach den Ergebnissen der Dissertation von Dr. Michael Herma offensichtlich Verfassungswidrig. Die Insel- und Halligkonferenz fordert die Bundesregierung und die beteiligten Landesregierungen auf, sofort zu handeln und einen rechtlich gesicherten Weg zur Nationalen Küstenwache anzugehen.

25. Mai 2007, Rantum auf Sylt

Auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz der „Euregio die Watten“ wurde eine umfangreiche Resolution zur „Sicherheit auf See“ verfasst, die allen nationalen Regierungen und auch unserer Landesregierung übermittelt wurde.

Im **Schriftwechsel der Jahre 2007 und 2008 mit dem BMVBS** (Herrn Bernd Törkel) konnten wir keine Annäherung feststellen und haben unser letztes Antwortschreiben vom 28.03.2008 dann auch an Ministerpräsident Carstensen und die Küsten- MdBs weitergeleitet.

29. Oktober 2008, Cuxhaven

Tagung der Insel- und Halligkonferenz zum Thema „10 Jahre nach der Strandung der Pallas, wann kommt die Nationale Küstenwache!“